

86.484

**Motion Aliesch****Arbeitslosenversicherung.  
Berücksichtigung der Berggebiete  
Assurance-chômage.  
Situation des régions de montagne***Wortlaut der Motion vom 5. Juni 1986*

Der Bundesrat wird ersucht, die notwendigen Vorkehren zu treffen, damit

1. die Arbeitslosenversicherungs-Gesetzgebung auch für die Arbeitnehmer in Berggebieten den in Artikel 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes umschriebenen Zweck vollumfänglich erfüllen kann;
2. die Arbeitnehmer in Erwerbszweigen mit saisonalen Beschäftigungsschwankungen ebenfalls Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung haben, wenn der Arbeitsausfall voraussichtlich vorübergehend ist und erwartet werden darf, dass durch Kurzarbeit ihre Arbeitsplätze erhalten werden können, wie dies Artikel 31 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eigentlich vorsieht;
3. die Schlechtwetterentschädigung als separater Versicherungszweig innerhalb der Arbeitslosenversicherung geführt werden kann. Dabei wäre mit den betroffenen Kreisen festzulegen, welche Erwerbszweige obligatorisch dieser Versicherung zu unterstellen sind. Die Beitragspflicht und die Anspruchsberechtigung auf Schlechtwetterentschädigung wären auf diese Erwerbszweige zu beschränken.

*Texte de la motion du 5 juin 1986*

Le Conseil fédéral est chargé d'entreprendre les travaux nécessaires à ce que:

1. La législation sur l'assurance-chômage puisse atteindre entièrement le but qui lui est assigné à l'article premier de la loi fédérale y relative, et cela pour les travailleurs des régions de montagne également;
2. Les travailleurs engagés dans des branches économiques où le degré d'occupation est soumis à des fluctuations saisonnières dans l'emploi aient également droit aux indemnités de chômage pour travail à temps partiel lorsque leur activité, selon toute vraisemblance, n'est interrompue que passagèrement et qu'on peut s'attendre raisonnablement à ce qu'un horaire de travail réduit leur permette de conserver leur emploi, cette éventualité étant prévue à l'article 31 de la loi sur l'assurance-chômage;
3. L'indemnité pour intempéries puisse être exploitée comme une branche d'assurance distincte dans le cadre de l'assurance-chômage. Il y aurait lieu, en l'occurrence, de fixer avec les milieux intéressés quelles branches économiques doivent être obligatoirement affiliées à cette assurance. L'obligation de cotiser et le droit aux indemnités pour intempéries devraient être limités à ces branches d'activité.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Ammann-Bern, Bremi, Bühler-Tschappina, Bundi, Bürer-Walenstadt, Candaux, Cantieni, Cincera, Columberg, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Couchepin, Dirren, Dupont, Eng, Feigenwinter, Fischer-Hägglingen, Flubacher, Frey-Neuchâtel, Früh, Giger, Giudici, Graf, Hösli, Houmard, Hunziker, Iten, Kohler Raoul, Kühne, Loretan, Lüchinger, Martin, Müller-Meilen, Müller-Wilberg, Nef, Neuenschwander, Oehler, Ogi, Pfund, Pini, Reich, Revaclier, Schärli, Schmidhalter, Schwarz, Spälti, Spoerry, Steinegger, Stucky, Villiger, Wanner, Weber-Schwyz, Wellauer, Wyss, Zwingli (55)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) besteht der Zweck des Gesetzes u. a. darin, drohende Arbeitslosigkeit zu verhüten und bestehende zu

bekämpfen. Die Erfahrung zeigt, dass das AVIG insbesondere in den Berggebieten dieser Zweckbestimmung nicht zu genügen vermag. In den Hauptwirtschaftszweigen der Berggebiete ist der Arbeitsanfall nämlich in der Regel saisonal sehr unterschiedlich. Auf Grund der Bestimmungen über die Kurzarbeitsentschädigung sind die Arbeitnehmer in diesen Erwerbszweigen jedoch von einer Bezugsberechtigung auf Kurzarbeitsentschädigung ausgeschlossen. Dadurch kommt es vor allem im Winterhalbjahr sogar beim Stammpersonal zu Entlassungen und damit zu unnötigen Härtefällen.

1. Die Anspruchsberechtigung der meisten Arbeitnehmer in den Berggebieten für den Bezug von Kurzarbeitsentschädigungen wird in erster Linie durch Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b AVIG verhindert. Danach ist ein Arbeitsausfall nicht anrechenbar, wenn er branchen-, berufs- oder betriebsüblich ist oder durch saisonale Beschäftigungsschwankungen verursacht wird. Kommt es nun beispielsweise im Winter zu einem aussergewöhnlich grossen Arbeitsausfall, so ist der Arbeitgeber aus Konkurrenzgründen gezwungen, einen Teil seines Stammpersonals zu entlassen und es später wieder einzustellen. Der für den Bezug von Kurzarbeitsentschädigung notwendige Nachweis, dass der Arbeitsausfall auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist (Art. 32 Abs. 1 Bst. a AVIG), ist – wie die Gerichtspraxis zeigt – nämlich kaum zu erbringen, da dies durch die saisonalen Beschäftigungsschwankungen überlagert wird.

Nach Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe c AVIG haben Arbeitnehmer Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigungen, wenn der Arbeitsausfall voraussichtlich vorübergehend ist und erwartet werden darf, dass durch Kurzarbeit ihre Arbeitsplätze erhalten werden können. Sofern diese Voraussetzung gegeben ist, sollten in Zukunft auch Arbeitnehmer in Erwerbszweigen mit saisonalen Beschäftigungsschwankungen Kurzarbeitsentschädigungen beziehen können. Dazu ist allerdings eine Revision des AVIG unumgänglich. Zu prüfen wäre allenfalls auch, ob die Kurzarbeitsentschädigung als eigenständiger Versicherungszweig innerhalb der Arbeitslosenversicherung geführt werden könnte. Bezugsberechtigt wären dann nur Arbeitnehmer in Erwerbszweigen, welche der Kurzarbeitsentschädigungsversicherung unterstellt wären. Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den übrigen Erwerbszweigen müssten dann jedoch von der Finanzierung der Kurzarbeitsentschädigung befreit werden.

2. Für den Bezug von Schlechtwetterentschädigung gilt nach Artikel 43 Absatz 1 Buchstabe a AVIG ein Arbeitsausfall als anrechenbar, wenn er durch das Wetter zwingend verursacht wird. In Artikel 65 der Arbeitslosenversicherungsverordnung (AVIV) hat der Bundesrat allerdings die Anspruchsberechtigung auf einige wenige Erwerbszweige eingeschränkt. Die Schlechtwetterentschädigung kann nach Artikel 65 Absatz 2 AVIV nur ausgerichtet werden, soweit die Arbeitnehmer unmittelbar dem Wetter (Regen, Schnee, Kälte) ausgesetzt sind und deswegen nicht arbeiten können. Nach dem Verordnungstext können darum besonders in den Berggebieten viele Arbeitnehmer niemals Schlechtwetterentschädigungen beziehen, obwohl ihr Arbeitsausfall ebenfalls zwingend durch das Wetter verursacht wird. Das ist dann der Fall, wenn diese Arbeitnehmer in anderen als in Artikel 65 Absatz 1 AVIV bezeichneten Erwerbszweigen tätig sind oder wenn die Arbeitnehmer nicht unmittelbar dem Wetter ausgesetzt sind. Diese ungleiche Behandlung wird von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern als ungerecht empfunden und hat dazu geführt, dass eine Ausdehnung der Bezugsberechtigung auf weitere Erwerbszweige gefordert wurde. Eine zu weitgehende Anspruchsberechtigung auf Schlechtwetterentschädigungen würde die Gefahr in sich bergen, dass das unternehmerische Risiko von der Arbeitslosenversicherung übernommen würde und dass die Kosten stark ansteigen müssten.

Eine Lösung dieses Problems könnte darin bestehen, dass die Schlechtwetterentschädigung als separater Versicherungszweig innerhalb der Arbeitslosenversicherung ausgestaltet wird. Der Bundesrat hätte in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen (vor allem Berufsverbänden) festzule-

gen, welche Erwerbszweige diesem Versicherungszweig zu unterstellen sind. Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber dieser Erwerbszweige hätten dann obligatorisch die entsprechenden Prämien für die Ausrichtung der Schlechtwetterentschädigungen zu erbringen, während alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber der übrigen Erwerbszweige von der Beitragspflicht für diesen Versicherungszweig befreit wären. Anspruch auf Schlechtwetterentschädigungen hätten dann selbstverständlich lediglich die Arbeitnehmer der unterstellten Erwerbszweige.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 17. September 1986*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 septembre 1986*

1. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982 (AVIG) wird zurzeit einer Teilrevision unterzogen, welche unter anderem (vgl. Beantwortung der Interpellation Dirren vom 13. März 1986) auch zum Gegenstand hat, eine befriedigende Abgrenzung zwischen den zulasten der Versicherung anrechenbaren Arbeitsausfällen (Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung) einerseits, und dem vom Unternehmer zu tragenden Risiko andererseits zu finden. Als einer der zentralen Revisionspunkte soll eine Herabsetzung der Belastung des Arbeitgebers bei Kurzarbeit und wetterbedingten Arbeitsausfällen geprüft werden, die je nach Ausgestaltung gerade in den Berggebieten zu spürbaren Erleichterungen führen kann.

2. Der Bundesrat ist bereit, die in der Motion Aliesch aufgeworfenen Fragen zu prüfen. Da aber noch andere Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes neu überdacht werden müssen, sollte dies nicht losgelöst davon geschehen, sondern im Rahmen eines Gesamtpakets. Dabei wird auch abgeklärt werden müssen, ob eine als separater Versicherungszweig konzipierte, teilobligatorische Schlechtwetter- und/oder Kurzarbeitsversicherung im Sinne des Vorstosses durch die Verfassung überhaupt abgedeckt wäre.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates  
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

86.533

### **Motion Frey-Neuenburg Berufsfischer.**

### **Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis**

### **Motion Frey-Neuchâtel**

### **Formation professionnelle des pêcheurs**

*Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1986*

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Aenderung des Berufsbildungsgesetzes vom 19. April 1978 auszuarbeiten, damit ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis für Berufsfischer auf Seen geschaffen werden kann.

*Texte de la motion du 20 juin 1986*

Le Conseil fédéral est chargé d'étudier la modification de la loi sur la formation professionnelle, du 19 avril 1978, afin de créer un certificat fédéral de capacité pour les pêcheurs professionnels en lac.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aubry, Candaux, Cavadini, Couchepin, Dubois, Etique, Giudici, Kohler Raoul, Martin, Perey, Petitpierre, Pidoux, Pini, Revaclier, Rime, Salvioni, Savary-Vaud (17)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Les pêcheurs sont les oubliés de la formation professionnelle. Il n'existe aucune norme fédérale en la matière. Les pêcheurs ne peuvent pas accomplir un apprentissage sanctionné par un certificat fédéral de capacité. Ils ne bénéficient d'aucun des avantages accordés aux apprentis (tarifs réduits pour les transports publics, bourses, etc.).

Seuls les pêcheurs alémaniques reçoivent une modeste participation de quelque 500 francs de la Confédération pour suivre un stage d'études à Starnberg en Bavière. Rien n'est prévu pour les pêcheurs romands et tessinois.

Les conditions d'obtention du certificat fédéral de capacité seraient fixées par le droit fédéral, l'organisation pratique de la formation étant laissée aux cantons, avec le concours de l'Association suisse des pêcheurs professionnels. Compte tenu du faible nombre de pêcheurs professionnels, les apprentis pourraient être intégrés aux cours déjà dispensés par les écoles professionnelles.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 3. September 1986*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 3 septembre 1986*  
Le Conseil fédéral est prêt à accepter la motion.

*Ueberwiesen – Transmis*

86.494

### **Motion Schmidhalter**

### **Oberaufsicht über die SBB**

### **Haute surveillance sur les CFF**

*Wortlaut der Motion vom 12. Juni 1986*

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament eine Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen vorzulegen. Die Ueberarbeitung hat unter anderem folgende Punkte zu umfassen:

Die Rolle des Parlamentes bei der Oberaufsicht und der Oberleitung ist in klarer Form im Gesetz zu verankern. Die heutigen Positionen sind zu festigen und auszubauen.

Die Auftragserteilung ist zu präzisieren.

Die Arbeitsweise der Verkehrskommissionen, insbesondere ihre Mitwirkung bei der politischen Planung der Auftragserteilung und bei Infrastrukturanlagen von nationaler Bedeutung, ist eindeutig zu regeln.

Die entsprechenden Auswirkungen auf Stufe Bundesrat, EVED und Verwaltungsrat SBB sowie die Auswirkungen auf andere Bundesbetriebe sind zu überdenken und unter Umständen neu zuzuordnen.

*Texte de la motion du 12 juin 1986*

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un projet de révision de la loi sur les Chemins de fer fédéraux. Celui-ci devra porter notamment sur les points suivants:

– Le rôle du Parlement dans l'exercice de la haute surveillance et sa fonction directrice doivent être clairement reconnus dans la loi. Sa position doit être renforcée et élargie.

– La répartition des mandats doit être précisée.

– Le mode de travail des Commissions des transports et du trafic, notamment leur participation aux travaux concernant la planification politique relative à la répartition des mandats et les équipements collectifs d'importance nationale, doit être réglé clairement.

– Les conséquences que ces dispositions auront pour le Conseil fédéral, le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie, le conseil d'administration des Chemins de fer fédéraux et d'autres entreprises fédérales devront être examinées et, le cas échéant, une restructuration devra être entreprise.

## **Motion Aliesch Arbeitslosenversicherung. Berücksichtigung der Berggebiete**

## **Motion Aliesch Assurance-chômage. Situation des régions de montagne**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.484
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1474-1475
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 672

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.